

Hallesche Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Hallesche Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis (einschl. Porto) beträgt 2,80 Reichsmark. Einzelhefte 10 Pfennige. Die Tagespreise sind 10 Pfennige. Die Tagespreise werden nach dem Kurs der Zeitung bestimmt. Die Tagespreise werden nach dem Kurs der Zeitung bestimmt. Die Tagespreise werden nach dem Kurs der Zeitung bestimmt.

Neues in Kürze.

Deutschland und Kabinetelegramme.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius (D.S.P.) hielt auf der Düsseldorf Bundesversammlung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes eine große Rede über die Pläne der Regierung für Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Aufbau der Wirtschaft.

Das Anziehen der Indexzahlen erregt Beunruhigung. Gestern sah man durch die Frankfurter Wiese in Berlin zum ersten Male seit langer Zeit wieder einen Demonstrationzug gegen die hohen Lebensmittelpreise. Die „Kote Schone“ (Kostenvorteil) der Reichsregierung gegenüber Mietpreis- und anderen Preissteigerungen sei inakzeptabel. Das Proletariat werde zu antworten wissen.

Der Rechtsausschuss des Preussischen Landtages nahm heute die Resolution zum Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte an.

Nach einer Meldung aus Schlesien hat Papst Pius XI. den Erzbischofen Karl Willea in Katholik zum Päpstlichen Hausprälaten ernannt. Willea ist der Führer des schlesischen Zentrums, der ungeliebte König des Landes und Hauptbestürmter der Trennung von Ober- und Nieder-Schlesien.

Die Ehe des Generals Ludendorff wurde durch die erste Instanz des Landgerichts München I geschieden. Der Kläger und Widerkläger sind die Ehepartner.

Der General seine Klage zurück.

Nach einem Telegramm des Bankhauses Rothschild in London an den Landesbankpräsidenten der Provinz Westfalen ist die in London aufgelegte Westfalenleihe fast befristet worden. Wie wir hören, hat der Westfälische Landesbankpräsident eine Resolution angenommen und seine schließliche Bestätigung durch den Landtag, das durch die Westfalenleihe der erste Schritt zur Eröffnung des Bonner Marktes für deutsche Anleihen getan ist.

Die Londoner Banken haben die Aufhebung ihrer eigenen Zinsen im besten deutschen Interesse bekannt. Die Londoner „Daily News“ kritisiert hierin bestimmte Erwartungen hinsichtlich des mittelmäßigen Standes der Währungsverhältnisse, was jedoch „Daily Mail“ freistellt.

Der Verband der geschäftlichen holländischen Wähler deutscher Anleihen hat eine geschäftliche Wähler bei den Generalparlamenten unternommen. Der mit 182 000 Unterschriften versehenen Antrag verlangt die Sperrung des holländischen Kapitalmarktes für neue deutsche Anleihen.

Auf dem gestern in Dublin (Irland) eröffneten internationalen Friedenskongress der Frauen erklärte Ebit Schöner (Österreich), daß die einzige Lösung der internationalen Frage die Vereinigung aller Völker mit Deutschland unter Beibehaltung der republikanischen Staatsform sei. Frau Schöner (Deutschland) forderte die Beibehaltung der Allierten auf alle Kolonien und Kolonialmandate. — Diese Damen scheinen mehr schnell zu haben als die deutschen Männer und Politiker von heute.

Der englische Ministerpräsident Baldwin erwiderte auf die Anfrage im Unterhaus, daß England sich den Bestrebungen der Gewerkschaften hinsichtlich des Währungsverbundes unterwerfe. Auf eine Anfrage der Liberalen sprach Baldwin, der Währungsbund könne ein Kolonialmandat e. Deutschland nur erzielen, wenn ein solches frei werde. Bis jetzt sei dieser Fall aber noch nicht eingetreten. (Und wird freiwillig auch kaum je eintreten. D. R.)

Die französische Regierung hat den Gebrauch der Schmelzspitze bei den schifflichen Kommunalwahlen eingeschränkt. In den Gemeinderatswahlen der Kommunen ist der Gebrauch einer anderen als der amtlichen französischen Sprache nicht mehr zulässig.

Die Londoner „Morningpost“ meldet aus Moskau: Ein außerordentliches Telegramm hat die Vereinigten Staatenpublikum am 2. August nach Moskau eingebracht. Die Botschaft ist die internationale Finanzfrage der Gewerkschaften, die einem zweiten Staatsvertrag zuzusetzen. Mit Wirkung vom 2. August werden die russischen Wahlen am nächsten 15. Nov. stattfinden.

Neue Krisengefahren in England.

Vor einem neuen Generalstreik?

Unser Londoner Vertreter schreibt uns:

Der Streik der englischen Bergarbeiter dauert jetzt schon zehn Wochen an, und noch immer ist kein Ende in Sicht. Ob das Inkrafttreten des neuen Arbeitsgesetzes die von der Regierung erhoffte Wirkung haben wird, ist fraglich. Die Unternehmer haben ihre neuen Lohnsätze unter Zugrundelegung des Arbeitsgesetzes an den Gewerkschaften angedungen, aber die Arbeiter haben bisher nicht darauf reagiert. Hat die Regierung schon in der ganzen Behandlung des Kohlenstreiks keine glückliche Hand gehabt, so scheint die Einbringung des Arbeitsgesetzes vollends ein Mißgriff gewesen zu sein, denn diese Maßnahme hat die gesamte Arbeiterfrage in eine geschlossene Kampffront gedrückt und die Sache der Bergarbeiter zu einer Angelegenheit der englischen und darüber hinaus der internationalen Gewerkschaften erhoben.

Die englische Arbeiterfront wittert in dem Gesetz den Beginn einer systematischen Attacke auf ihre Organisationen und auf die bestehenden Arbeitsverhältnisse und setzt sich mit entsprechendem Energieaufwand zur Wehr. Der Kampf nimmt täglich schärfere Formen an und hat zu persönlichen Angriffen auf Baldwin und wilden Szenen im Unterhaus geführt. Der Gewerkschaftsverband hat der Regierung in einem in den bestigsten Ausdrücken gehaltenen Manifest gedrückt, daß wenn sie auf ihren „Politik der Begünstigung der Unternehmern“ beharrt, ein Konflikt zwischen Arbeit und Kapital unvermeidlich sei.

Die englische Arbeiterfront wittert in dem Gebot den Beginn einer systematischen Attacke auf ihre Organisationen und auf die bestehenden Arbeitsverhältnisse und setzt sich mit entsprechendem Energieaufwand zur Wehr. Der Kampf nimmt täglich schärfere Formen an und hat zu persönlichen Angriffen auf Baldwin und wilden Szenen im Unterhaus geführt. Der Gewerkschaftsverband hat der Regierung in einem in den bestigsten Ausdrücken gehaltenen Manifest gedrückt, daß wenn sie auf ihren „Politik der Begünstigung der Unternehmern“ beharrt, ein Konflikt zwischen Arbeit und Kapital unvermeidlich sei.

Die optimistische Stimmung im Lande, die sich unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Generalstreiks offenbart, hat einer entgegengesetzten Richtung Platz gemacht. Bald beginnt den latenten Unterschied zwischen Baldwin's bekanntem „Frieden in der Substanz“ und der unheimlichen Realität in der englischen Substanz zu fühlen. Niemand kann voraussagen, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden. Baldwin hat seine besten Gelegenheiten längst veräumt. Die einzige noch bestehende Möglichkeit, ein Lieberleben oder eine Explosion des Bergarbeiter zu vermeiden.

Vertrauensvotum für Briand-Caillaux.

Die französische Kammer hat die Beratung über die Interpellation betreffend die Finanzpolitik der Regierung heute gegen 4 Uhr 20 früh beendet. Die Tagesordnung der Abgeordneten Miller, Maccabreu und Montign, die angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die Kammer nahm Kenntnis von den Erklärungen der Regierung, hat das Vertrauen zu ihr, daß sie den Kredit und die Finanzen des Staates wiederherstellen und die Währung stabilisieren werde und geht zur Tagesordnung über.“

Nach Störung der Vertrauensfrage wurde die Tagesordnung mit 200 gegen 247 Stimmen angenommen.

Der Brotpreis in Paris, der am 8. Juli auf 2,60 Franken für das Kilo erhöht worden war, wird ab 18. Juli eine weitere Erhöhung um 10 Centimes erfahren.

Französisch-englisches Schuldenabkommen.

Nach dem Pariser „Matin“ scheint es, daß ein französisch-englisches Verbindlichkeitsabkommen über die Schuldentilgung bereits so gut wie erfolgt ist und daß es genügend wäre, wenn Caillaux sich einige Stunden in London aufhalte, um die Vertragsbestimmungen einseitig festlegen zu können. Wie „Chicago Tribune“ erfahren haben will, hat die englische Regierung der französischen Regierung die Schuldenliste zugestanden und eingewilligt, die französischen Schuldverpflichtungen nicht auf den Markt zu bringen. Caillaux wurde sich selbst

ist die Niederbringung der Bergarbeiter durch Hunger, eine Lösung, die weber desirabel noch unbillig wäre.

Die Arbeiterführer warnen.

Der Sekretär des Internationalen Bergarbeiterverbandes hobler sagte in einer Rede: Die Abweisung der englischen Bergarbeiterführer, den Bericht der Kohlenkommission von vornherein anzunehmen, bedeute einen der größten Fehler in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung. Die alten Kollegen in der Gewerkschaftsbewegung bemühen sich leider vergeblich, die Bergarbeiterführer zu bewegen, sich mit der tatsächlichen Lage abzugeben.

Unstimmigkeiten in den englischen Gewerkschaften.

In der gestern in Dover abgehaltenen Jahresversammlung des Rates der allgemeinen Gewerkschaftsunion wurde über den Generalstreik frei gesprochen. Der Führer der Schiffbauarbeiter und der Schiffbauern erklärte: Wir in unserer Union werden niemals wieder eine solche bittere Pille verschlucken, wie wir dies in jüngster Zeit getan haben. Wir haben unseren ganzen Besitz verpfändet, um unsere Mitglieder während des Streites zu unterstützen. Was meine Union betrifft, so sind die Mitglieder entschlossen, in Zukunft ihr Schicksal selbst zu entscheiden, d. h. sie wollen sich nicht aufordern lassen, sondern nur auf Grund der eigenen Stimmabgabe handeln.

Die Abweisung der Delegierten der englischen Gewerkschaften durch die Gewerkschaften ist ein Schritt, der die Gewerkschaften in eine Schlinge unternimmt, um dem Führer der Bergarbeiter entsprechend dem Transport von Kohle zu verhindern.

Russische Gelder.

Der Zentralrat der Gewerkschaften der Sowjetunion hat beschlossen, weitere 270 000 Rubel aus fortzuhaltenden Beiträgen der Mitglieder der Gewerkschaften der Sowjetunion an den britischen Bergarbeiterverband zu übermitteln. Dieser Lage erklärt der Zentralrat der russischen Gewerkschaften ein Telegramm der Bergarbeiterzeitschrift, in dem diese um rasche Hilfe für die Arbeiter der Kohlegruben bittet.

Die Sowjetregierung hat die zwangsweise Beibehaltung von Interkontinentalverbindungen für England verboten. — Das wird ein interessantes Licht auf die Art, wie bisher und vermutlich auch des Berufs aus in Zukunft ist, „freiwilligen“ Beiträge für die englischen Genossen zusammenkommen.

nach Erhalt des Vertrauensvotums, also wahrscheinlich Sommersend früh nach London gehen, um einseitig die Vertragsbestimmungen mit England zu erledigen. Der Kammer würde dann dieses Abkommen zusammen mit der Washingtoner Schuldenregelung unterbreitet werden.

Unruhen in Indien.

In Calcutta (Britisch-Indien) unternahm Mahomedaner einen Angriff auf eine Hindu-Procession mit Stockschlägen und Steinwürfen. Es kam zu Wunden, so daß die Wunden geschlossen werden mußten. Die Unruhen breiteten sich auch auf die benachbarten Dörfer aus. Ähnlich und verheerender Folgen ist eingetroffen. Da die Mahomedaner in einigen Dörfern ihre verheerenden Schandenspielen mit Gewalt zu befehlen versuchten, machte die Polizei von der Schusswaffe Gebrauch und verurteilte mehrere Mahomedaner.

Italien — Rumänien — Rußland.

Der diplomatische Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ schreibt, daß Italien gegenwärtig bemüht ist, eine Verständigung zwischen Sowjetrußland und Rumänien in der beherrschenden Frage zu bringen. Der Korrespondent glaubt feststellen zu können, daß in den letzten Wochen die Spannung im Grenzgebiet des Donjeß beträchtlich nachgelassen habe. In Italien herrsche Befriedigung über die neue Orientierung, die sich bei mindestens zwei von den drei Mitgliedern der Kleinen Entente auf der jüngst abgehaltenen Konferenz gezeigt habe und die eher auf eine Zusammenarbeit mit Italien als mit Frankreich hindeute, was hauptsächlich auf Frankreichs innerpolitische Schwierigkeiten zurückzuführen sei.

Zusammenschluß der Rechtsparteien.

Es gibt keine Ausreden.

Der kürzlich veröffentlichte Aufruf der Arbeitergemeinschaft der Deutschenationalen und Volkspartei im Preussischen Staatsrat, eine Arbeitergemeinschaft der „im tiefsten Sinne konservativen Parteien“ zu bilden, war eigentlich etwas sehr Bescheidenes: Die Begründung dieses Aufrufs lautet: „Wir erkennen nicht, daß sehr erhebliche Schwierigkeiten der Bewirkung dieses Scheiterns heute entgegenstehen und daß sehr viel ungenutzte und soziale Arbeit wird geleistet werden müssen, ehe dieses Ziel erreicht wird.“

„Sehr viel ungenutzte und soziale Arbeit“: Ja, und denn die Herren Parlamentarier und sonstigen Parteimänner nicht dazu da, solche Arbeit zu leisten, und gibt ihnen nicht solche Arbeit allein Deinselberechtigung, nicht allein das Recht, als Führer und Vertreter des Volkes tätig zu sein? Wir könnten uns durchaus ein Parlament denken, das eine bezweckte Wahrung der Unengenüßigkeit und Sachlichkeit geradezu als eine Selbstpflicht empfinden würde. Aber als Selbstpflicht ist es ganz wenig getadelt, sondern die afterkranen Männer, die diesen Aufruf ergießen ließen, haben eben oft genug hinter die Kulisse gesehen und wissen, wie es da hinter der Kulisse zugeht. Deshalb finden sie es genau so selbstverständlich, daß man zu Unengenüßigkeit und Sachlichkeit mahnen muß, wie das Volk in seiner Verantwortlichkeit diese Unengenüßigkeit und Sachlichkeit selbst verständlich findet.

So offensichtlich dieser Aufruf, ohne es zu wollen, den heutigen Zuständen, die Gewerkschaften und Arbeitergemeinschaft anderer Parteien, die man darüber Bescheid, denn besorgt man es allerdings auch, daß sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegenstehen.“ Aber dann sollte man auch kein Blatt vor den Mund nehmen, sondern offen ansprechen: Diese Parlamente und dieser Parlamentarismus sind nicht das, was wir Volk verlangen können, sondern diese Zustände sind einig einig Kardinals und müssen schleunig beseitigt werden. Wie soll denn das Volk aus seiner Not herauskommen, wenn die Beside, die es heute sieht, nach dem Urteil der Kammer nicht einwandfrei ungenutzte und sachlich sind?

Der Arbeiter, den der Aufruf bisher bei den Parteien gefunden hat, ist leider nicht wenig bescheiden. Die volksparteiliche „National-liberale Korrespondenz“ hat dazu Stellung genommen. Es stehen da viel treffsinnig und eher wirtlich Unengenüßigkeit und Sachlichkeit über alles geht, wenn die bloßen Parteinteressen oder gar nur persönlichen Interessen ganz hinter dem einen großen Willen, dem Ganzen zu helfen, zu rücken, so hätte man einen gewaltigen Gewissenhafter Zustimmung zu dem Sammelaufruf erwartet. Aber nichts von dem.

Da die Parteien jähern, zu dem Aufruf klar bejahend Stellung zu nehmen, wird das Volk heute durch Stellung nehmen müssen. Und die Stellung des Volkes scheint uns klar die zu sein: Es begrüßt einfach nicht, weshalb nicht ungenutzte und soziale Arbeit geleistet wird. Es begrüßt nicht, warum es nicht möglich sein soll, daß die Männer, die sich dem Volk zur Wahl empfohlen haben, sich an einem gemeinsamen Tisch setzen und alle Fragen der Politik solange miteinander durcharbeiten, bis das Richtige offenbar geworden ist und sich ganz von selbst durchsetzt.

Sicherlich jeder einzelnen Partei gibt es doch auch Meinungserweichlichkeiten, Feinsinnigkeit, man hat von vornherein in einem Fragensinn. Und trotzdem ist es möglich, in einer Mehrheit oder gar Einstimmigkeit zu kommen, die dann die offizielle Stellungnahme der Partei darstellt. Warum ist denn das gleiche nicht auch z. B. zwischen Volkspartei und Deutschenationalen möglich? Warum gibt es nur eine Parteipolitik, aber keine Staatspolitik, die die Parteipolitik überwindet genau so überwindet, wie die Parteipolitik die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei?

Es ist sehr wichtig für das Gesamtinteresse der Bevölkerung im tiefsten Sinne... Die Volkspartei und die Nationalisten... Die Volkspartei ist nicht, wie sie sich selbst darstellt... Die Nationalisten sind nicht, wie sie sich selbst darstellen...

Die Antwort der Reichsregierung an Preußen.

Die Reichsregierung hat namens der Reichsregierung... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Der Reichstag hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Neue Eisenbahnbauten.

Mit dem ihr vom Reichsarbeitsministerium... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Verworene Lage in Portugal.

Das portugiesische Volk... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Ein deutscher Tag in Böhmen.

Am 10. bis 12. Juni 1926... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Fahrt des Handels-U-Bootes „Deutschland“.

Am 10. Juli fährt das U-Boot... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Aufwertung und Arbeiterfragen.

Am 10. Juli fährt das U-Boot... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Berliner Schattensseife.

Das einflussreichste Berlin... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...



Man besorge den Haarspray... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...

Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit... Die Reichsregierung hat die Angelegenheit...